Befragung in Deutschland

im Auftrag von DIA

Oktober 2024



Methodische Angaben

Feldzeit:

04.10. - 07.10.2024

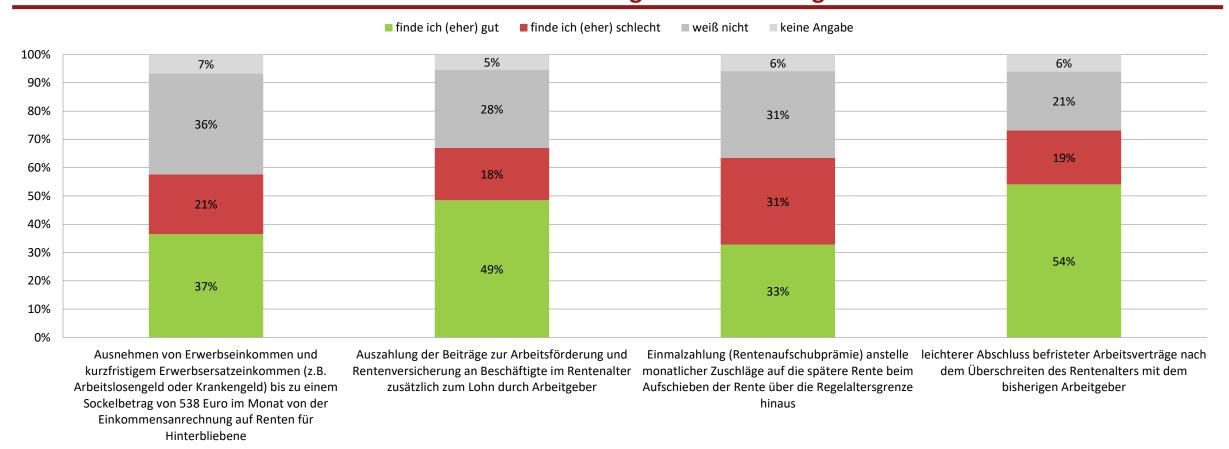
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung INSA-Perpetua Demoscopia.

Stichprobe:

2.010 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

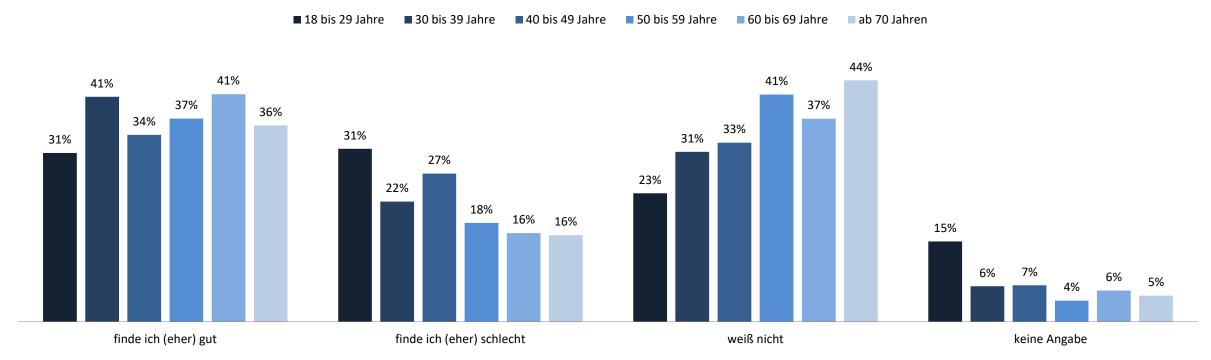




Von den abgefragten Vorschlägen schneidet ein "leichterer Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach dem Überschreiten des Rentenalters mit dem bisherigen Arbeitgeber" am besten ab – 54 Prozent würden diese Maßnahme begrüßen. Auch eine "Auszahlung der Beiträge zur Arbeitsförderung und Rentenversicherung an Beschäftigte im Rentenalter zusätzlich zum Lohn durch Arbeitgeber" (49 %) wird mehrheitlich für (eher) gut befunden. Bei einem "Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen bis zu einem Sockelbetrag von 538 Euro im Monat von der Einkommensanrechnung auf Renten für Hinterbliebene" (37 % gut, 36 % weiß nicht) und einer "Einmalzahlung anstelle monatlicher Zuschläge auf die spätere Rente beim Aufschieben der Renten über die Regelaltersgrenze hinaus" (33 % gut, je 31 % schlecht, weiß nicht) kann jeweils kein klares Meinungsbild ermittelt werden. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass über alle Vorschläge hinweg ein hoher Anteil an Befragten hierzu keine Meinung kundtun können (21 – 36 %). Weitere fünf bis sieben Prozent wollen dies nicht tun.



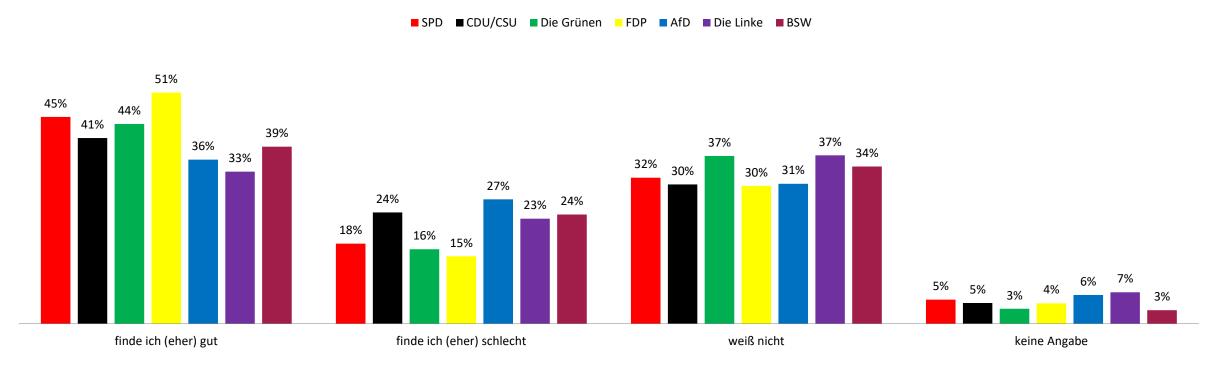
Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen (z.B. Arbeitslosengeld oder Krankengeld) bis zu einem Sockelbetrag von 538 Euro im Monat von der Einkommensanrechnung auf Renten für Hinterbliebene



Lediglich 30- bis 39-Jährige (41 %) und 60- bis 69-Jährige (41 %) begrüßen diese Maßnahme jeweils (knapp) relativ-mehrheitlich. Jene ab 70 Jahren (44 %) wissen hierzu relativ-mehrheitlich keine Einschätzung, ebenso die 50- bis 59-Jährigen (41 %). Bei allen anderen Altersgruppen kann jeweils kein klares Meinungsbild ermittelt werden: 18 bis 29 Jahre (je 31 % gut, schlecht) und 40 bis 49 Jahre (34 % gut, 33 % weiß nicht). Tendenziell steigt mit dem Alter der Anteil derer, welche hierzu keine Positionierung abgeben können (von 23 auf 44 %) und die jüngsten Befragten finden diesen Vorschlag am häufigsten schlecht (31 zu 16 – 27 %), verweigern aber auch am häufigsten die Antwort (15 zu 4 – 7 %).



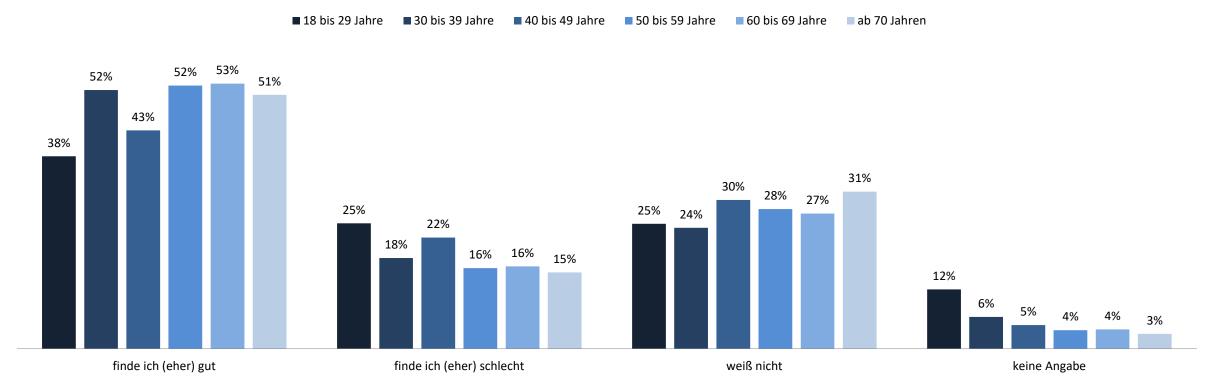
Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen (z.B. Arbeitslosengeld oder Krankengeld) bis zu einem Sockelbetrag von 538 Euro im Monat von der Einkommensanrechnung auf Renten für Hinterbliebene



Lediglich Wähler der Linkspartei wissen hierzu relativ-mehrheitlich keine Positionierung darzulegen (37 %). Alle anderen Wählergruppen finden den Vorschlag mehrheitlich gut, wobei dieser Anteil bei FDP-Wählern am höchsten ausfällt (51 zu 36 – 45 %).



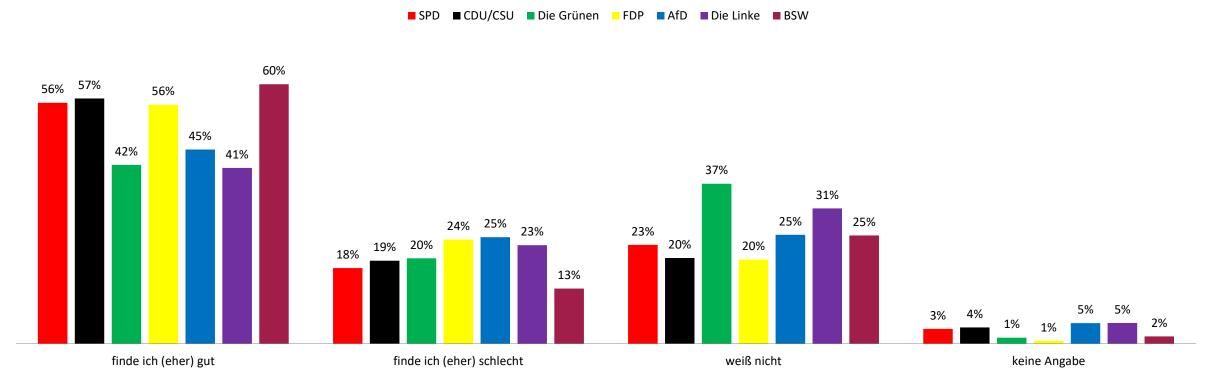
Auszahlung der Beiträge zur Arbeitsförderung und Rentenversicherung an Beschäftigte im Rentenalter zusätzlich zum Lohn durch Arbeitgeber



Alle Altersgruppen würden eine zusätzliche Auszahlung der Beiträge zur Arbeitsförderung und Rentenversicherung zusätzlich zum Lohn für gut befinden, wobei dieser Anteil bei den jüngsten Befragten am geringsten ausfällt (38 zu 43 – 53 %). Tendenziell sinkt die Ablehnung dieser Maßnahme mit dem Alter (von 25 auf 15 %).



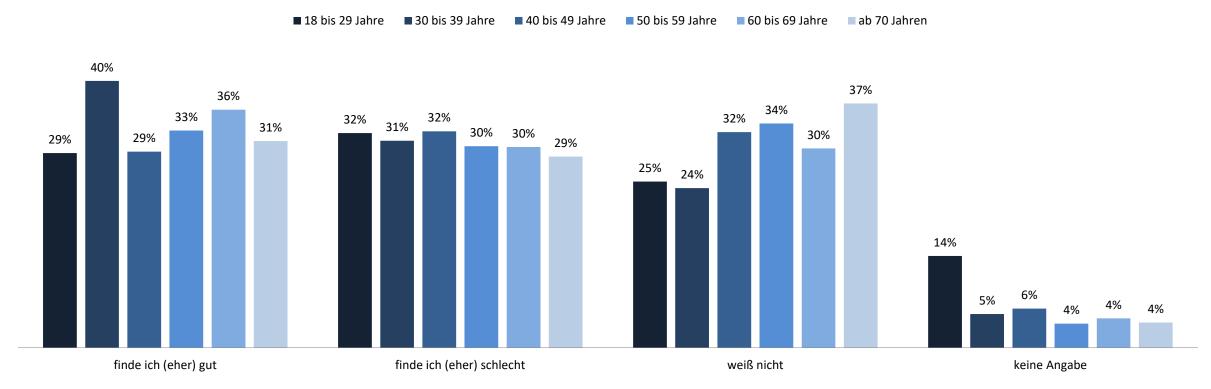
Auszahlung der Beiträge zur Arbeitsförderung und Rentenversicherung an Beschäftigte im Rentenalter zusätzlich zum Lohn durch Arbeitgeber



Eine solche zusätzliche Auszahlung würde bei allen Wählergruppen auf eine mehrheitliche Zustimmung stoßen, wobei dieser Anteil bei Linke- (41 %), Grünen- (42 %) und AfD-Wählern (45 %) geringer ausfällt als bei den anderen Wählergruppen (56 – 60 %). Lediglich zwischen 13 (BSW-Wähler) und 25 Prozent (AfD-Wähler) würden dies ablehnen. Wähler der Grünen wissen am häufigsten dazu keine Einschätzung (37 zu 20 – 31 %).



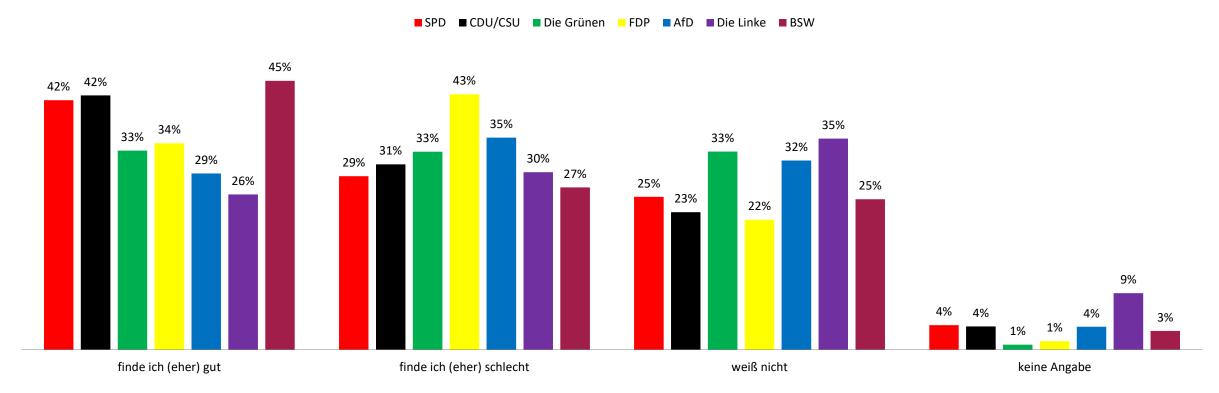
Einmalzahlung (Rentenaufschubprämie) anstelle monatlicher Zuschläge auf die spätere Rente beim Aufschieben der Rente über die Regelaltersgrenze hinaus



Umfrageteilnehmer im Alter zwischen 30 und 39 Jahren (40 %) sowie zwischen 60 und 69 Jahren (36 %) empfinden diese Maßnahme jeweils mehrheitlich als gut, jene unter 30 Jahren (32 %) knapp mehrheitlich als schlecht und jene ab 70 Jahren (37 %) können hierzu mehrheitlich keine Meinung mitteilen. Umfrageteilnehmer in den beiden mittleren Altersgruppen legen sich jeweils mehrheitlich nicht auf eine Antwortoption fest: 40 bis 49 Jahre (je 32 % weiß nicht, schlecht) und 50 bis 59 Jahre (34 % weiß nicht, 33 % gut).



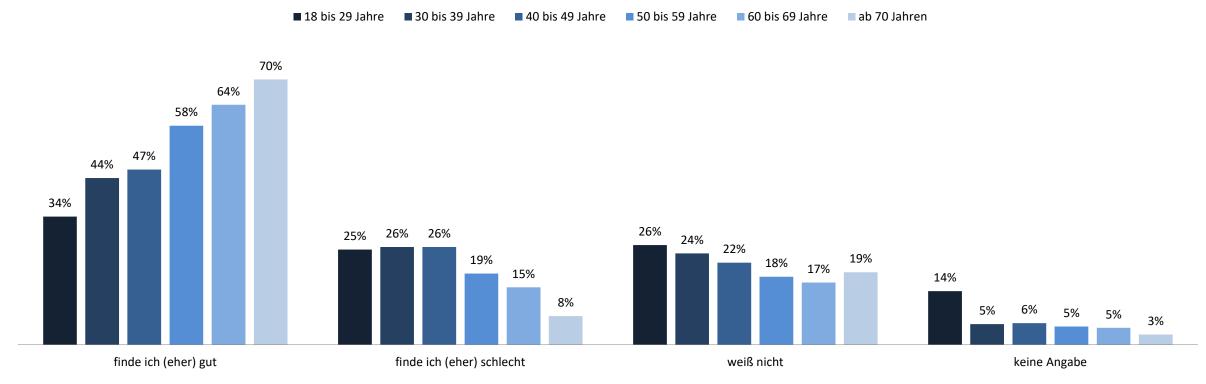
Einmalzahlung (Rentenaufschubprämie) anstelle monatlicher Zuschläge auf die spätere Rente beim Aufschieben der Rente über die Regelaltersgrenze hinaus



BSW- (45 %), Unions- und SPD-Wähler (je 42 %) würden eine solche Rentenaufschubprämie jeweils relativ-mehrheitlich begrüßen, wohingegen FDP- (43 %) und AfD-Wähler (35 %) diesem Vorschlag jeweils mehrheitlich skeptisch gegenüberstehen. Linke-Wähler (35 %) haben hierzu mehrheitlich keine Meinung und Wähler der Grünen sind hinsichtlich einer solchen Rentenaufschubprämie gespalten (je 33 % gut, schlecht, weiß nicht).

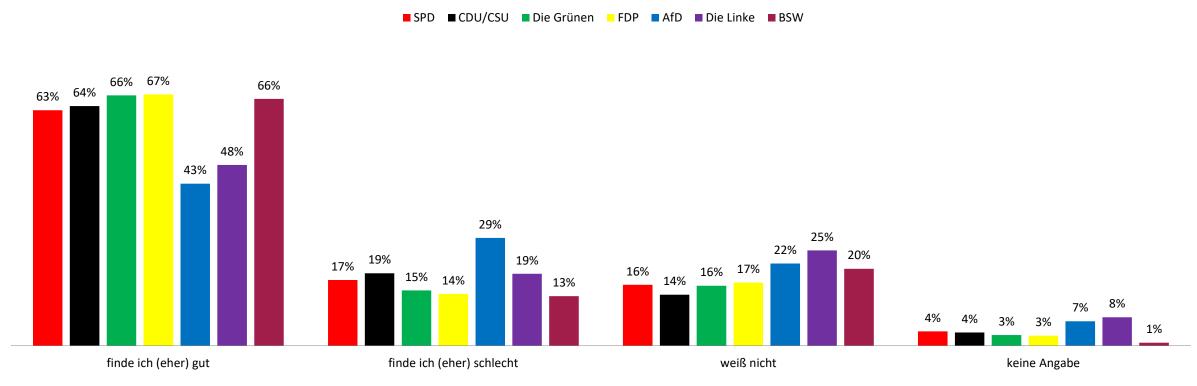


leichterer Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach dem Überschreiten des Rentenalters mit dem bisherigen Arbeitgeber



Je älter die Befragten sind, desto häufiger fänden sie es gut, wenn nach dem Überschreiten des Rentenalters mit dem bisherigen Arbeitgeber leichter ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden kann (von 34 auf 70 %). Dieser Anteil überwiegt in allen Altersgruppen jeweils mehrheitlich.

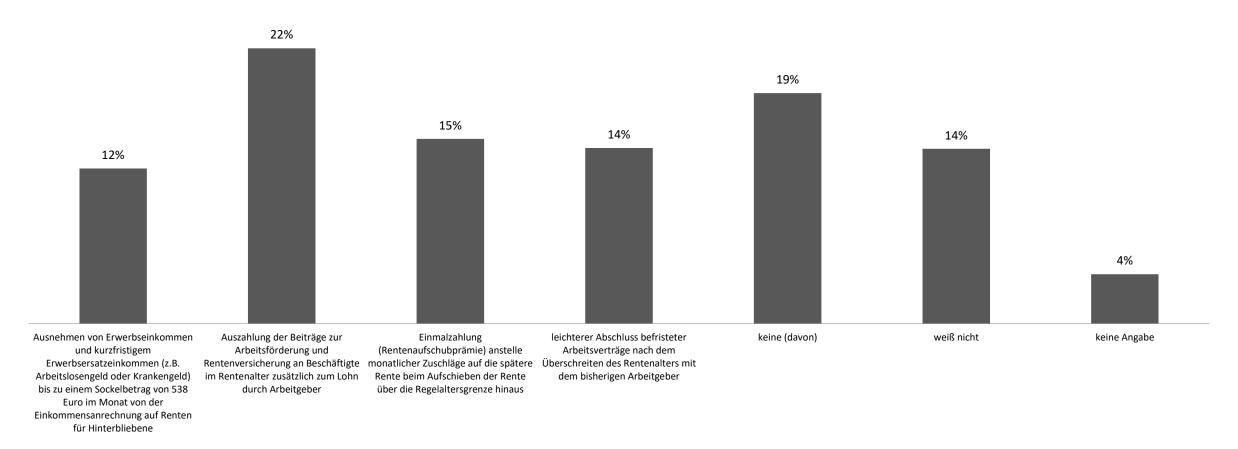
leichterer Abschluss befristeter Arbeitsverträge nach dem Überschreiten des Rentenalters mit dem bisherigen Arbeitgeber



Auch alle Wählergruppen fänden einen solchen leichteren Abschluss jeweils mehrheitlich für gut, wobei dieser Anteil bei AfD- und Linke-Wählern geringer als bei den anderen Wählergruppen ausfällt (43 bzw. 48 zu 63 – 67 %). Erstere fänden diese Maßnahme deutlich am häufigsten schlecht (29 zu 13 – 19 %).



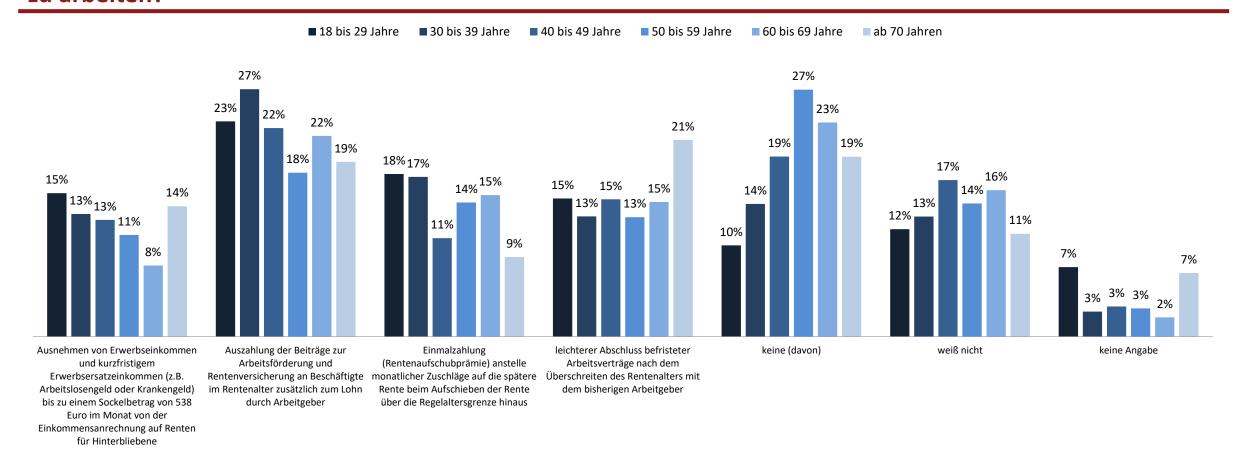
Und welche der genannten Maßnahmen würde Sie am ehesten dazu bewegen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten?



Von den abgefragten Maßnahmen würde eine zusätzliche Auszahlung der Beiträge zusätzlich zum Lohn (22 %) die Umfrageteilnehmer, welche nicht schon im Ruhestand sind, am häufigsten dazu bewegen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten. Die weiteren Maßnahmen folgen etwas dahinter: Eine Rentenaufschubprämie mit 15 Prozent, der leichtere Abschluss von Arbeitsverträgen mit 14 und das Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen mit zwölf Prozent. Allerdings gibt auch knapp ein Fünftel (19 %) an, dass keine (der vorgeschlagenen) Maßnahme(n) sie zu einer längeren Lohnarbeit bewegen könnte. Weitere 14 Prozent wissen es nicht und vier Prozent wollen dazu keine Angabe tätigen.



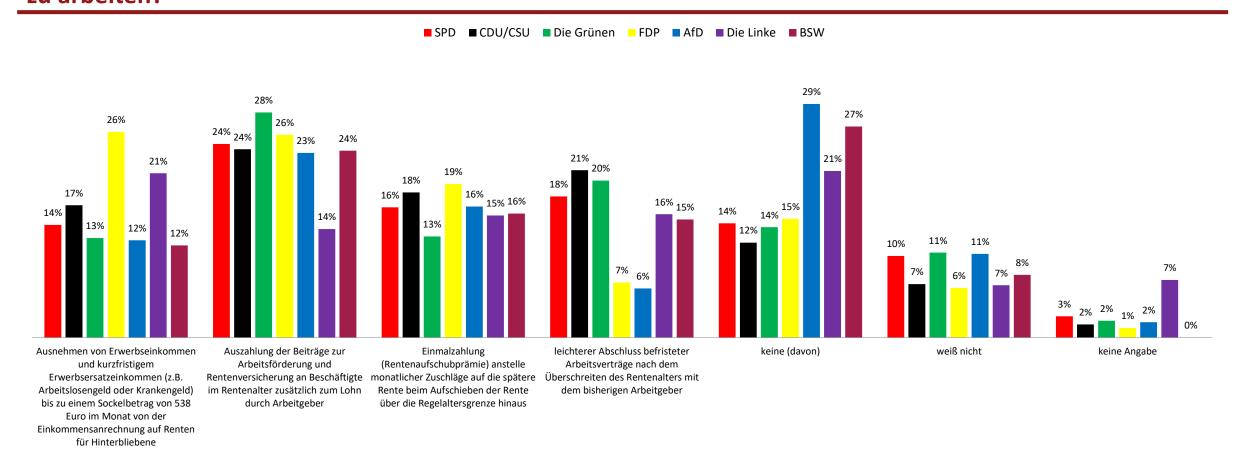
Und welche der genannten Maßnahmen würde Sie am ehesten dazu bewegen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten?



Umfrageteilnehmer im Alter von 18 bis 49 Jahren (22 – 27 %) geben jeweils mehrheitlich an, dass die zusätzliche Auszahlung zum Lohn sie zur weiteren Lohnarbeit bewegen könnte. Jene zwischen 50 und 59 Jahren (27 %) geben mehrheitlich an, dass sie nichts (von diesen Maßnahmen) dazu bewegen könnte und ältere Befragte sind jeweils geteilter Ansicht: 60 bis 69 Jahre (23 % keine, 22 % zusätzliche Auszahlung) und ab 70 Jahre (21 % leichterer Abschluss eines Arbeitsvertrags, je 19 % zusätzliche Auszahlung und keine).



Und welche der genannten Maßnahmen würde Sie am ehesten dazu bewegen, über das Rentenalter hinaus zu arbeiten?



Wähler der Grünen (28 %), der SPD und der Union (je 24 %) wählen hier jeweils mehrheitlich die zusätzliche Lohnzahlung. AfD-Wähler (29 %) sowie BSW-Wähler (27 %) geben jeweils (knapp) mehrheitlich an, dass keine der abgefragten Maßnahmen sie zur weiteren Lohnarbeit über das Renteneintrittsalter hinaus bewegen könnte. Wähler der Linkspartei sind zwischen letzterem und einem Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen (je 21 %) gespalten und jene der FDP zwischen dem Ausnehmen von Erwerbseinkommen und kurzfristigem Erwerbsersatzeinkommen und einer Auszahlung zusätzlich zum Lohn (je 26 %).



Kontakt

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen. Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.

